



**RUEDI AESCHBACHER** War gestern mit seinen Anträgen chancenlos. YOSHIKO KUSANO/EQ IMAGES

## «Der Mensch ist wichtiger als die Forschung»

**Kopf des Tages** Ruedi Aeschbacher (EVP/ZH)

JESSICA PFISTER

Eines stellt der überzeugte Christ Ruedi Aeschbacher von Anfang an klar: «Ich finde Forschung wichtig und gut.» Deshalb begrüsst er es, dass sich der Nationalrat gleich zum Auftakt der Herbstsession mit der Verfassungsbestimmung zur Forschung am Menschen auseinandergesetzt hat. Mit der neuen Bestimmung sollen der Schutz der Menschenwürde und die Forschungsfreiheit gewahrt werden. Die heutige Gesetzgebung, so ist sich Aeschbacher mit Bundesrat und der vorberatenden Kommission einig, sei lückenhaft, uneinheitlich und unübersichtlich. «Der ethisch heikle Bereich braucht klare Regelungen», sagt Aeschbacher, der sich in der Öffentlichkeit vor allem als Verkehrspolitiker («Schwellen-Ruedi») einen Namen gemacht hat.

### Nicht nur Ehrgeiz und Renommee zählen

Doch dem 67-jährigen, der eigentlich längst in Pension gehen könnte, waren die vorliegenden Anträge zum Verfassungsartikel «zu schwammig» und zu stark auf die Interessen der Forschenden, der Institute und der Wirtschaft ausgerichtet. «Der Mensch und der Schutz seiner Würde muss im Vordergrund stehen, nicht die Neugier, der Ehrgeiz oder das Renommee der Forschenden.» Mit drei Einzelanträgen versuchte er deshalb gestern seine Ratskollegen von einem stärkeren Schutz der Menschen im Bereich der Forschung zu überzeugen.

Ein Anliegen war dem EVP-Nationalrat das Festlegen einer Einwilligung der Personen, an denen geforscht wird. Die Ärzte und Forscher sollen Probanden und Probandinnen nicht nur «hinreichend», sondern «umfassend» aufklären. Eine «hinreichende» Erklärung, wie es Bundesrat und die vorberatende Kommission wollen, lasse zu viel Interpretationsspielraum.

Ebenfalls Gedanken machte sich Aeschbacher zu einem besonders heiklen Punkt: zur Forschung an nicht urteilsfähigen Personen, wie Kindern oder demenzkranken Menschen. Der EVP-Nationalrat weiss aus eigener Erfahrung, wie wichtig Forschungen für eine neue Behandlungsmethode oder ein neues Medikament sein können. So hätte die Forschung an demenzkranken Menschen vielleicht seiner Mutter das Leben leichter gemacht oder, so hofft er, dass die Ärzte dem Sohn eines Freundes, der an einem Geburtsdefekt leidet, mit einem neuen Medikament helfen können. Für Aeschbacher ist aber klar: Solche Versuche dürfen nur gemacht werden, wenn ein direkter Nutzen für die Person besteht. Doch wie sollen Forscher wissen, ob sie bei ihren Versuchen auf eine Lösung stossen? «Es gibt immer eine Prognose, wie hoch die Wahrscheinlichkeit eines Erfolgs ist. Ist diese gering, darf nicht geforscht werden», erklärt Aeschbacher.

### Nötige Sensibilisierung

Trotz seinem Einsatz: Aeschbachers Anträge waren allesamt chancenlos. «Das war mir schon klar», sagt er gelassen. Und die Begründung vonseiten der Kommission hatte er ebenfalls vorausgesehen: Seine Vorschläge könne man erst im Gesetz regeln. Was Aeschbacher jedoch nicht erwartet hatte, war, dass die grosse Kammer die von Bundesrat und Kommission vorgeschlagenen Grundsätze auf Antrag von SVP und FDP aus dem Text strich. Trotz dieser Enttäuschung lässt Aeschbacher den Kopf nicht hängen und denkt bereits an die Debatte um das Humanforschungsgesetz: «Mein Ziel, die wichtigsten Interessengruppen für das Thema zu sensibilisieren, ist erreicht.»

# «Ja, Herrschaft noch mal»

**Beginn der Herbstsession** Schmid verbucht Erfolg im Ständerat



**SAMUEL SCHMID** Er holte im Ständerat zu einer sicherheitspolitischen Standpauke aus. WERMUTH/REUTERS

## Der Verteidigungsminister musste im Ständerat nur wenig Kritik einstecken. Dafür teilte er umso kräftiger aus.

DANIEL FRIEDEL

Es war der erste Tag einer Session, die nach Ansicht von immer mehr Parlamentariern seine letzte sein müsste. Doch Bundesrat Samuel Schmid liess sich davon nicht beirren, zumindest nicht gegen aussen. Wortlos schritt er an den wartenden Journalisten vorbei in den Ständerat, stoisch harrete er dort der Debatte über sein neues Militärgesetz und scheinbar ungerührt lauschte er den vereinzelt kritischen Fragen, die aus dem Rat gestellt wurden.

Bis er dann selber zu Wort kam. Da wurde deutlich, wie es in Schmid brodeln muss. Denn der Verteidigungsminister setzte zu einem Votum an, wie man es vom bedächtigen Berner selten hört. «Ja, Herrschaft noch mal», platzte es gleich mehrmals aus ihm heraus – wobei er ins Gestikulieren kam und mit den Fäusten auf sein Pult schlug.

### Widersprüchliche Ziele

So geriet seine Rede zur regelrechten Standpauke. Der Tenor: Man könne ihm nicht widersprüchliche Aufträge erteilen und dann auch noch das Geld dafür verweigern. Wer Verteidigungskraft wolle, müs-

se die Übungsmöglichkeiten dazu bieten, notfalls eben auch im Ausland. Wer militärische Aggressionen nicht mehr als grösstes Gefahrenpotenzial betrachte, der müsse eben auch dem Abbau von Panzerbataillonen zustimmen. Und unverblümt machte Schmid deutlich, was er bisweilen von der Kompetenz der Politik hält. «Sicherheitspolitik lässt sich eben nicht mehr ganz so unter dem Bein durch machen.» Vielleicht, so Schmid, müsse man sich einmal näher damit befassen. Er versuche, aus den rigiden Sparvorgaben das Beste zu machen. «Ich bitte um Verständnis, dass da gelegentlich etwas nachgebessert werden muss.»

### Nur um die Sache

Dabei, und das wusste auch Schmid, hatte er eigentlich das falsche Publikum. Denn der Ständerat folgt seiner Sicherheitspolitik seit langem, und tat dies auch gestern wieder. Dabei gab sich die kleine Kammer demonstrativ Mühe, nur Schmid's Militärgesetz zum Thema zu machen – und nicht ihn selber. «Wir haben das Geschäft vor den personellen Wirbelstürmen im VBS beraten», sagte Kommissionssprecher Bruno Frick (CVP/SZ). Dies wolle man auch nach dem Fall Nef so halten. Und sein Innerrhoder Parteikollege Ivo Bischofberger befand, es sei nun mittlerweile genug diskutiert,

diffamiert und prognostiziert worden.

Und so flickte der Rat in Schmid's Optik in knapp anderthalb Stunden wieder zusammen, was der Nationalrat im Sommer zerfleddert hatte. Er will zulassen, dass Soldaten zu Wiederholungskursen im Ausland aufgebeten werden können, wenn dies etwa aus Platzgründen nötig ist. «Wenn der Nationalrat das nicht will, stellt er den Verteidigungsauftrag der Armee infrage», so Frick. Er ist einverstanden, dass auch Instruktoren ins Ausland abkommandiert werden können. Und er hält daran fest, dass die Armee im Inland Assistenzdienste für die Polizei leistet. Nur ob der Botschaftsätze rümpften einige Räte die Nase.

### Bewährungsprobe im Nationalrat

Und so konnte Schmid am Schluss zufrieden den Saal wieder verlassen, wohlwissend, dass seine Bewährungsprobe erst im Nationalrat folgt. Er wird im Winter wieder über die Vorlage diskutieren und schon nächste Woche das neue Rüstungsprogramm beraten. Schmid hofft, dass sich dann die «verführerische Kraft der Vernunft» durchsetzt. Allerdings waren auch gestern viele Nationalräte in der Wandelhalle der Meinung, Schmid selber sei es, der nach seinen Fehlern zur Vernunft kommen müsse.

# Auszug aus der SVP

**BDP** Parlamentarier sitzen ab jetzt vor den FDP-Reihen

Die SVP-Fraktion im Bundeshaus hat mit der Abspaltung der Bürgerlich-Demokratischen Partei (BDP) 5 Mitglieder verloren. Seit dem Beginn der Herbstsession gestern zählt sie noch 65 Mitglieder, 59 davon sitzen im Nationalrat. Die zur neuen BDP übergetretenen Parlamentarier sind fraktionslos. Es handelt sich um die Nationalrätinnen Brigitta Gadiant (GR) und Ursula Haller (BE), ihre Ratskollegen Hans Grunder (BE) und Hansjörg Hassler (GR) sowie den Berner Ständerat Werner Luginbühl.

### SVP bleibt stärkste Fraktion

Die SVP bleibt nach wie vor klar stärkste Fraktion. Hinter ihr folgen mit je 52 Mitgliedern die Fraktionen der SP und der CVP/EVP/GLP. Die FDP-Fraktion kommt auf 47 Mitglieder, die Fraktion der Grünen auf 24. (AP)



**ABGESPRUNGEN** Die Bernerin Ursula Haller ist nicht mehr in der SVP-Fraktion. KUSANO/EQ

# Hörgeräte-Preis soll klar sinken

**IV-Zahlungen** Bund will Wettbewerb auf dem Markt

Die Margen und Rabatte auf den Preisen, die heute ohne Gegenleistung der Hörgerätebranche zufließen, sollen eingespart werden, wie das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) gestern mitteilte. Die Einsparungen werden auf 10 bis 20 Millionen Franken pro Jahr geschätzt. Heute bezahlt die IV den Hörbehinderten einen Beitrag an den Preis des Hörgeräts ihrer Wahl plus eine Dienstleistungspauschale für die Akustiker. Die Gewinne von bis weit über 1000 Franken pro Gerät stünden keinen Leistungen zugunsten der Hörbehinderten gegenüber, heisst es beim BSV. Eine Folge seien zu hohe Hörgerätepreise im internationalen Vergleich.

Ab 2009 werden IV und AHV nun selber Grosskunden der Hersteller und können laut BSV vorteilhafte Konditionen für sich selbst aushandeln. Mit dem soeben eröffneten Ausschreibungsverfahren soll im Hörgerätemarkt ein echter Wettbewerb eingeführt werden. Die Hörgerätebranche kritisierte den Entscheid des Bundes harsch. (AP)

## Nachrichten

# Prelicz-Huber vereidigt



Zum Auftakt der Herbstsession ist gestern die Zürcherin Katharina Prelicz-Huber (Bild) als neue grüne Nationalrätin vereidigt worden. Die 49-jährige Fachhochschuldozentin ersetzt die in die Zürcher Stadtregierung gewählte Ruth Gerner. Prelicz-Huber war Gemeinderätin der Stadt Zürich und Kantonsrätin. Die letzte Session in Angriff genommen hat gestern der Freiburger CSP-Nationalrat Hugo Fasel. Auf Ende Herbstsession gibt er sein Mandat nach mehr als vier Legislaturen ab, um sich seiner neuen Aufgabe als Caritas-Direktor zu widmen, wie seine Partei mitteilte. Der bald 53-Jährige sitzt seit 1991 im Nationalrat. (AP)

## WTO-Sitz Nationalrat genehmigt Baukredit

Der Nationalrat hat einen Kredit von 45 Millionen Franken zur Sanierung des WTO-Sitzes in Genf bewilligt. Er ist gestern mit 156 gegen 4 Stimmen dem Antrag des Bundesrats gefolgt und hat die Finanzhilfe an die Welthandelsorganisation vor allem mit der langen Tradition der Schweiz als Gaststaat begründet. Der Kredit soll in Form eines A-fonds-perdu-Beitrags an die Immobilienstiftung für internationale Organisationen (Fipoi) gewährt werden. (AP)

## Energieetikette Nicht in der Werbung

Der Nationalrat will nichts wissen von mehr Energie-transparenz in der Werbung. Mit 99 zu 67 Stimmen lehnte die grosse Kammer eine parlamentarische Initiative von Franziska Teuscher (Grüne/BE) deutlich ab. Die Initiative verlangte, dass in der Werbung für elektrische Geräte und Motorfahrzeuge jeweils die Energieetikette angegeben werde, damit Konsumentinnen und Konsumenten ihre Eigenverantwortung wahrnehmen könnten. (AP)

## Einbürgerungen SVP-Vorstoss ohne Chance

Der Nationalrat will keine «Einbürgerung auf Probe». Er hat gestern eine entsprechende parlamentarische Initiative der SVP mit 120 gegen 51 Stimmen abgelehnt. Die Initiative hatte zum Ziel, jene Personen wieder auszubürgern, die in den ersten fünf Jahren nach ihrer Einbürgerung kriminell werden oder anderweitig und in wiederholter Weise gegen die öffentliche Ordnung verstossen. (AP)

## Digital-TV Abklärungen in zwei Bergkantonen

Das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) hat eine Konsultation zur Verbreitung digitaler Fernsehprogramme im Oberwallis und in Graubünden eröffnet. Im Hinblick auf die Vergabe regionaler DVB-T-Konzessionen sollen die Bedürfnisse der Netzbetreiber, der Medien und öffentlich-rechtlicher Körperschaften abgeklärt werden, wie das Bakom gestern mitteilte. (AP)